

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 3 (1923-1924)
Heft: 4

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Schloß unsere letzte Umschau mit einem hoffnungsvollen Ausblick auf die zukünftige reiche Ernte dieses Jahres, so war dies etwas voreilig geschrieben. Grauer Novemberhimmel wölbt sich zur Stunde und seit vielen Tagen über der Landschaft, das ewige Regenwetter zerstört die Hoffnungen auf eine qualitativ gute Heuernte. Es scheint, daß wir uns nach kurzem Aufatmen in jeder Beziehung wiederum auf eine pessimistische Beurteilung aller Dinge einstellen müssen, und in dieser pessimistischen Beurteilung werden wir noch bestärkt durch das unerfreuliche Ergebnis der eidgenössischen Volksabstimmung über die Erweiterung des Alkoholmonopols.

Wir haben in der letzten Umschau auf die Gefahr der Schnapspest hingewiesen. Die Volksabstimmung vom 3. Juni, bei der mit überwältigendem Mehr die Erweiterung des Alkoholmonopols verworfen wurde, darf die Behörden nicht davon abhalten, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit wir nicht im Schnaps eräuft werden. Nach der Ansicht des Schreibers dieser Zeilen rächte sich bei der letzten Abstimmung die fast maßlose Aufpeitschung egoistischer Instinkte, wie sie von der Presse anlässlich der eidgenössischen Abstimmung über die Vermögensabgabeinitiative ausgeübt wurde. Wenn heute gesagt wird, daß das Volk am 3. Juni seinen Überwillen gegen alle Einmischungen des Staates in die privatwirtschaftliche Tätigkeit, seiner Gegnerschaft gegen alle Monopole des Staates Ausdruck verleihen wollte, so mag dies stimmen, und bis zu einem gewissen Grade mag dieser Überwille berechtigt sein. Allerdings spricht a priori dieses Mißfallen an der wirtschaftlichen Tätigkeit des Staates noch nicht gegen die Notwendigkeit und die sittliche Berechtigung dieser Seite der Staatstätigkeit. Auf alle Fälle scheint es nicht angebracht zu sein, vor dem offenbar schlecht gelaunten Souverän nachträglich Verbeugungen zu machen; man muß, gerade in der Demokratie, den Mut haben, den Souverän zu tadeln; denn auch in der Demokratie muß es Führer geben, die nicht ihre Auffassung nach Mehrheitsbeschlüssen orientieren, sondern nach ihrer Einsicht und nach ihrem Gewissen. Die gegenwärtig weitverbreitete Staatsfeindschaft sollte, bei aller Ablehnung sozialistischer und kommunistischer Experimente, nicht dazu führen, daß wir in das „laissez faire“ und „laissez aller“ des liberalen Manchesterstaates zurückfallen. Die hohe Auffassung vom Staate als einer Macht, die regelnd, ausgleichend wirkt, und die die wirtschaftliche Tätigkeit des einzelnen im Rahmen des für den Staat zweckmäßigen hält, muß aufrecht erhalten bleiben. Diese im wahren Sinn erhaltende Politik ist in der Schweiz ja schon an und für sich erschwert genug durch die Zerteilung der Staatsgewalt, durch die Tatsache zweier Souveränitäten, der kantonalen und der eidgenössischen. Denjenigen, die heute vom sog. Individualismus alles Heil erwarten, darf vom Schreiber dieser Zeilen, der stets für eine wahrhaft erhaltende, im guten Sinne konservative Politik eingetreten ist, das Wort Spenglers entgegengehalten werden: „Das individualistische Eigentumsideal bedeutet Unterwerfung des Staates unter die freien Wirtschaftsmächte, das heißt Demokratie, das heißt Käuflichkeit der Regierung durch den privaten Reichtum“ (Oswald Spengler: Preußentum und Sozialismus, Seite 91), wobei wir uns als gute Schweizer vorläufig noch gestatten, das Wort Demokratie in „Gänsefüßchen“ zu setzen.

* * *

Der Nationalrat hatte anlässlich der Interpellation über die Gründe der Demission des Chefs der Generalstabsteilung, Oberstdivisionärs Sonderegger, einen großen Tag. In der Presse ist diese Angelegenheit des langen und breiten erörtert worden; wir können darauf verzichten, näher auf diese unerquickliche Angelegenheit einzutreten; immerhin muß festgestellt werden,

daß nicht das mögliche getan wurde, um das Land und die Armee vor einer Erschütterung zu bewahren und einen wertvollen Führer der Armee zu erhalten. Das persönliche Moment hat, wie in der Demokratie leider oft, in dieser Angelegenheit das sachlich Bedeutende überschattet. Wenn der Fall Sonderegger etwas Gutes gebracht hat, so war es das, daß das Problem der militärischen Landesverteidigung neu aufgerollt wurde und dem Vertreter des Bundesrates Gelegenheit gegeben wurde, vor dem Nationalrate den festen Willen zu dokumentieren, unbeschadet aller notwendigen Sparsamkeit, die Armee kriegstüchtig zu erhalten. Es war nützlich und erfreulich, daß nach langen Jahren, in denen pazifistische Schwämer und Abrüstungsideologen mehr als zulässig in der Öffentlichkeit zu Worte kamen, die Frage an die oberste Behörde gerichtet wurde, ob wir mit unserer Sparsamkeit nicht schon zu weit gegangen wären. Diese realpolitische Einstellung zur Frage unserer Landesverteidigung steht in engem Zusammenhang mit der immer deutlicher erscheinenden Veränderung in der Einschätzung der politischen Lage der Eidgenossenschaft. Wir können ruhig behaupten, daß die deutsche Schweiz vom Völkerbundsschwindel geheilt ist und bei uns ein wohlangebrachter Pessimismus in der Auffassung der auswärtigen Beziehungen zum Durchbruch gelangt. (Wir werden im andern Zusammenhange auf dieses Gebiet zu sprechen kommen.) Die Ueberzeugung, daß der gegenwärtige Chef des Militärdepartementes für unsere Armee der richtige Mann am richtigen Platze ist, die ist unerschütterlich; wenn über einzelne Fragen eine Diskussion besteht, so kann dies nur nützlich sein.

* * *

Zum Ernste, der in der Behandlung der Landesgeschäfte obwalten soll und meist auch obwaltet, paßte schlecht die Erledigung der Vorlage über den *Abbau der Taggelder* des Nationalrates. In einer Anwandlung von Stolz und Selbstlosigkeit hatten vor Jahresfrist die Väter des Vaterlandes beschlossen, daß ihnen eine Kommission eine Lohnabbauborlage ausarbeite. Denn wenn den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Bundes die Steuerungszulagen gekürzt werden sollen, so schien es nichts als recht und billig zu sein, wenn die Volksboten selbst einen Teil ihrer sauerverdieneten Taggelder auf den Altar des Vaterlandes legen; auf alle Fälle die Taggelder für diejenigen Tage der Session, an denen keine Sitzungen stattfinden und die Volksvertreter voll ihrem bürgerlichen Berufe nachgehen können. Nach einer nicht gerade erbaulichen Debatte verwarf endlich unter allgemeiner Heiterkeit der Nationalrat jede Kürzung der Taggelder; er folgte hier ausnahmsweise einem Antrag der Sozialdemokraten. Diese allgemeine Heiterkeit fand im Volke kein Echo. Die Ablehnung seiner eigenen Lohnabbauborlage hat anlässlich der Behandlung des Abbaus der Steuerungszulagen für die Bundesbahner dem Räte keine Hemmungen verursacht; das Proporzparlament sollte auf Heiterkeitserfolge verzichten, sein Ruf ist im Volke schlechter, als für den Staat zuträglich ist.

Es widerspricht im Grunde genommen dem Parlamentarismus, wenn die Volksvertreter vom Staate Entschädigung verlangen. Denn ursprünglich war eben das Parlament als Organ des Volkes der Regierung gegenübergestellt, der Krone, dem Staate. Die Unabhängigkeit der Parlamentarier wird dadurch nicht erhöht, daß sie vom Staate Gehälter beziehen. Der Schreiber dieser Zeilen vertritt die feyerliche Auffassung, daß es am gesundesten wäre, wenn überhaupt keine Diäten ausbezahlt würden. Unser Parlament wird ja immer mehr zu einer Vertretung der Wirtschaftsgruppen, zu einem Haus der Stände und das Ende der Entwicklung wird wohl zweifellos das sein, daß die Stände selbst die Kosten für ihre Vertretung im Räte der Nation bezahlen.

* * *

Bei der Behandlung des Geschäftsberichtes des Bundesrates für das Jahr 1922 kam es im Nationalrate zu einer Debatte über die *auswärtige Politik*. Eröffnet wurde sie durch eine Rede des Kommissionsreferenten Dr. *Abt*, Mitglied der Fraktion der Bürger- und Bauernpartei, aus dem Kanton Aargau.

Diese Debatte hätte sich schon entwickeln können bei der Behandlung des Berichtes der schweizerischen Delegation beim Völkerbund und der Tätigkeit der Schweiz im Völkerbund, wie sie vom Bundesrate abgelegt und bei Beginn der Juni-Session behandelt wurde. Damals verbreitete sich Nationalrat H u n z i e r, ebenfalls aus dem Aargau, über das Garantieabkommen. Es wird über dieses Garantieabkommen an anderer Stelle in diesen Hefen die Rede sein; die Beteuerung Bundesrat Motta, daß wir auf keinen Fall ein militärisches Garantieabkommen mit unzeichnen werden, weil dies unserer Neutralität widerspreche, war geeignet, Befürchtungen etwas zu mildern. Immerhin mußte auch Herr Motta keinen triftigen Grund anzugeben, warum schweizerische Vertreter in dieser Kommission über die Abrüstung mit dabei sind, ein militärisches Pflichtenheft für andere Staaten auszuarbeiten, ist doch der Bundesrat der Meinung, daß wir keine Pflichten zu erfüllen hätten.

Die Rede des Herrn Abt vom 14. Juni war von außerordentlicher Deutlichkeit. Zu Beginn seiner Darlegungen erörterte er die Leistungen und die Rekrutierung des schweizerischen diplomatischen Korps. Es war leicht, Herrn Abt später Widersprüche nachzuweisen, denn er verlangte Verminderung der Kosten für den auswärtigen Dienst, d. h. Herabsetzung der Gesandtengehälter usw. und beklagte sich im gleichen Atemzug, daß nur reiche Leute Gesandte werden können. Es wurde von ihm behauptet, daß nur Herren „de“ und „von“ Aussicht auf diplomatische Karriere in der Schweiz hätten, was nicht genau mit der Wahrheit übereinstimmt, denn diese „de“ und „von“ sind im diplomatischen Korps nicht zahlreicher vertreten als die Leute ohne „de“ und „von“. Das welsche Element ist allerdings in der Diplomatie zu stark vertreten, aber daran trägt Herr Motta nicht die größte Schuld. Die sarkastischen Bemerkungen des Herrn Abt über die Aristokratie im diplomatischen Dienst der Eidgenossenschaft gaben dann dem sozialdemokratischen Herrn Nationalrat Joh. Huber aus St. Gallen Gelegenheit, in Wiederauffrischung einer alten, unsauberen Gewohnheit des abgestandenen Radikalismus gegen die alten Familien der Schweiz loszuziehen, namentlich gegen die Bündner Junfer, Berner Patrizier usw. Vom Personellen des auswärtigen Amtes kam Dr. Abt auf die Tätigkeit des Chefs des Amtes zu sprechen und hier kam die Gelegenheit, unsere Stellung zum Völkerbund und, was viel wichtiger ist, unsere Stellung zu Frankreich einer Betrachtung zu unterziehen, wie dies im Nationalrate noch nie der Fall war, wie es aber schon längst hätte geschehen sollen. Herr Abt stellte sich vor als enttäuschter Freund des Völkerbundes und er gab zu, daß wir durch den Beitritt unsere Neutralität aufgegeben haben. (Es soll wörtlich zitiert werden): „Den Idealen zuliebe, die in der Idee des Völkerbundes schlummerten, haben wir auf unsere Jahrhunderte alte, ängstlich gehütete Neutralität verzichtet. Angesichts des Umstandes, daß der Völkerbund sich mehr und mehr zum Machtinstrument der Siegerstaaten entwickelt hat, muß man aber die Frage stellen, ob er dieses Opfer wert war.“ Er stellte die Frage und beantwortete sie: Vorläufig ist dies Opfer nicht gerechtfertigt gewesen. Die Schwäche des Völkerbundes sieht Herr Abt als „fast unheilbar“ an, auch die von Herrn Motta so sehr gerühmte Wiederaufrichtungstätigkeit des Völkerbundes für die Republik Oesterreich; seine „einzige“ Tat wird vom Kommissionsreferenten skeptisch beurteilt. Für die Arbeit im Saargebiet und in Oberschlesien, die der Völkerbund geleistet hat oder noch leisten wird, findet Herr Abt nicht viel gute Worte. Die mitleidige Ironie und der Sarkasmus in der Behandlung der Völkerbundspolitik des Bundesrates wurde abgelöst von scharfer Verurteilung der Politik Frankreichs gegenüber der Schweiz und gegenüber andern Staaten. Herr Abt warf dem Bundesrate vor, daß er die französische Politik nicht richtig eingeschätzt habe. „Und wenn Sie die Schweizergeschichte lesen, von Marignano bis und mit dem Untergang der alten Eidgenossenschaft und die Machtpolitik Frankreichs uns gegenüber studieren und sie in Parallele setzen mit dem, was es in letzter Zeit uns gegenüber getan hat, dann kommen Sie zur Einsicht, daß trotz aller Freundschaftsbezeugungen es Frankreich nie sehr gut mit uns gemeint hat und auch heute nicht meint.“

Wenn Herr Abt möglichste Fernhaltung von fremden Händeln verlangt, aber

auch beklagt, daß unser Industriestaat im internationalen Arbeitsamt nicht richtig vertreten sei, daß er vielmehr von der Liste der acht wichtigsten Industriestaaten gestrichen wurde, so war das ein innerer Widerspruch.

Die Konsequenz der Rede des Herrn Abt war: unsere Zugehörigkeit zum Völkerbund hat unsere politische Lage verschlechtert. Das ist ein Satz, den der Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz seit Beginn seiner Existenz ins Volk hineintrifft. Das Rezept des Herrn Abt aber, daß die auswärtige Politik der Schweiz darin bestehe, auf alle Fälle stille zu sitzen und die gute Samariterin zu spielen, das ist nach der persönlichen Auffassung des Schreibers dieser Zeilen falsch. Man darf sich in der äußern Politik nicht auf Grundsätze festlegen. Dieser Grundsatz des absoluten Desinteresses an der europäischen Politik ist so falsch wie derjenige, nach dem wir lebhaften Anteil nehmen sollen an den internationalen Geschäften, die uns nichts angehen, daß wir eine Weltmission erfüllen, daß wir ein Beispiel geben sollen usw. Die Schweiz hat nichts anderes zu tun, als eine Politik zu treiben, wie jeder andere Staat auch: nämlich ihre Interessen zu verfolgen und ihre staatliche Souveränität möglichst vollständig zu erhalten, ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit nach Möglichkeit aufrecht zu erhalten. Die politische Situation der Eidgenossenschaft wird seit der Zerstörung des europäischen Gleichgewichtes durch den Versailler Friedensvertrag, durch das Verhältnis unseres Staates zur Hegemoniemacht auf dem europäischen Festland, zu Frankreich, bestimmt. Darum sind die Konsequenzen zu ziehen: Entweder Widerstand oder Unterwerfung!

Das Echo, das der Rede Abts folgte, war nicht das erwartete, weder im Ratssaale noch in der Presse. Es fehlte dem Kommissionsreferenten an tatkräftiger Unterstützung durch die Parlamentarier aus der deutschen Schweiz, die im wesentlichen, was das Verfallen des Völkerbundes und die französische Politik anbelangt, seine Auffassung teilen. Eine einzige Ausnahme machte Nationalrat Kaspar Müller, in Luzern, der der katholisch-konservativen Fraktion angehört, und der den von der Kommission im Stich gelassenen Kommissionsreferenten Abt unterstützte; zu gleicher Zeit fand er tapferere Worte, um die Auffassung des deutschschweizerischen Volkes über die Ruhraffäre, diese unerhörte Verletzung des Völkerrechtes, jeder Sitte und jeder Moral durch die Franzosen, deutlich kund zu tun. Herr Bundesrat Motta verteidigte, wie zu erwarten war, den Völkerbund, aber doch nicht mehr ganz so in der überschwenglichen Art und Weise wie früher. Geschickt und wirkungsvoll war die Bemerkung, daß er die Entwicklung des Völkerbundes zu einem Ueberstaat ablehnen müsse. Herr Motta begnügt sich mit der „moralischen Kraft“. Bezeichnend ist es, daß auch Herr Motta noch nicht eingesehen hat, daß der Kampf gegen den Versailler Friedensvertrag, wie er nicht nur von Deutschland geführt wird, in einem siegreichen Ausgange auch den Völkerbund zur Strecke bringen muß. Die welschen Diskussionsredner waren vor allem pikiert durch die scharfen Bemerkungen des Kommissionsreferenten gegenüber Frankreich. Vielmehr als für den Völkerbund schlugen sie sich für Frankreich in die Schanzen. Herr Maillefer, dessen Bundesratskandidatur seinerzeit an der unüberwindlichen Gegnerschaft der deutschen Schweiz zersplittert war, und der Geschichtsprofessor in Lausanne ist, bestritt, daß die Schweiz im Laufe der Geschichte von Frankreich mehr bedrängt worden sei als von andern Staaten. Er erinnerte an den Gotthardvertrag, wo wir doch von Deutschland vergewaltigt worden seien; dieser Geschichtskundige weiß nichts davon, daß Deutschland schon vor Kriegsende auf eine Revision des Gotthardvertrages eintreten wollte, daß es durch den Friedensvertrag zu dieser Revision verpflichtet ist und daß Italien dieser Revision widerspricht und nach Mitteilung des Herrn Bundesrat Haab in diesen Tagen erst eine Revision des Vertrages abgelehnt hat. Daß die Einmärsche in Belgien und im Ruhrgebiet rechtlich, wenn man so sagen darf, nicht in Parallele gesetzt werden dürfen, daß rechtlich ein wesentlicher Unterschied bestehe, das wird von den Welschen nicht anerkannt, und daß das schweizerische Interesse bei beiden Einmärschen ein verschiedenes gewesen ist und heute noch ist, das scheint bezweifelt zu werden; **obchon es auf der Hand liegt, daß, wenn die deutschen Heere den Festungsgürtel Ostfrankreichs umgehen wollten, sie entweder durch Belgien oder**

durch die Schweiz marschieren mußten. Die großen Schlachten in Mitteleuropa, die Schlachten der Koalitionskriege, finden entweder bei Waterloo statt oder bei Zürich.

Daß Herr Abt in der welschen Presse hergenommen wurde, das war anzunehmen; indessen überraschte doch die erschreckende Unsachlichkeit, mit der seine Rede jenseits der Sarine kommentiert wurde. Man hat dort nichts gelernt und nichts vergessen; es stände böß um unsern Staat, wenn der Geisteszustand des westschweizerischen Volkes dem seiner eifrigsten Zeitungsschreiber entsprechen würde.

Die deutschschweizerischen Vertreter der bundesrätlichen Außenpolitik hatten gewiß recht, wenn sie, wie übrigens auch die Gegner dieser Politik, darauf aufmerksam machen, daß das europäische Gleichgewicht zerstört sei. Das ist der springende Punkt und die Ursache unserer schlechten politischen Lage. Je nachdem die französische Hegemonie auf dem europäischen Festlande als dauernder oder vorübergehender Zustand angesehen wird, werden die Konsequenzen gezogen. Wenn in unserem Volke die Parole auf Rückzug aus der internationalen Politik, d. h. Hände weg von fremden Händen, nicht außenpolitische Abstinenz, und auf Rückzug aus den Kommissionen und Arbeiten des Völkerbundes übermächtigen Widerhall findet, so ist der Grund darin zu suchen, daß unser Volk nicht etwa der Idee des Völkerbundes feindlich ist (die ist ja schön und recht und christlich, hat aber mit dem Versailler Friedensvertrag nichts zu tun und auch nichts mit dem Völkerbundspakt), sondern daß unser Volk diesen Völkerbund als ein Kriegsbündnis betrachtet, in dem Frankreich auf dem Festlande Vormacht ist, und weil unser Volk instinktiv schon heute die Gegnerschaft gegen dieses Kriegsbündnis, wie sie in Zentral- und Osteuropa als Freiheitsbewegung sich geltend macht, mit Sympathie verfolgt und auf alle Fälle in seiner überwiegenden Mehrheit nicht dafür zu haben ist, weder wirtschaftlich noch politisch, weder militärisch noch diplomatisch, für dieses Kriegsbündnis und diese Vormacht irgendwie einzutreten, Opfer zu bringen, eigene Interessen zu gefährden oder gar Rechte aufzugeben.

Von einigen Rednern wurde mit Recht darauf aufmerksam gemacht, wie außerordentlich schwierig die Gestaltung unserer auswärtigen Politik sei, wenn immer und immer wieder damit zu rechnen ist, daß die Elemente dieser Politik vom welschen Volksteile von Grund auf anders beurteilt werden als vom deutschschweizerischen. Aber nicht nur die politische Lage der Eidgenossenschaft wird diesseits der Sarine von großen Massen der Bevölkerung von Grund aus anders beurteilt als jenseits des Flußlaufes, auch die Geschichte unseres Landes erfährt eine andere Beurteilung durch den Geschichtskundigen der deutschen Schweiz als durch den Geschichtsprofessor aus Lausanne. Mußten wir doch wiederum vernehmen, daß das Jahr 1798 ein Jahr der Freiheit und des Glückes gewesen ist!

Herr Motta durfte mit der Debatte im allgemeinen zufrieden sein. Wenn Herr Abt erklärt hatte, daß die Bewegung zum Austritt aus dem V ö l k e r b u n d nur auf einen Führer warte, um mit elementarer Wucht loszubrechen, so stimmt dies. Aber die Verantwortung, heute einen politischen Großkampf zu entfesseln, ist gewaltig. Wichtiger als der Völkerbund und unsere Mitgliedschaft bei diesem, ist die Stellung unseres Landes zu Frankreich, ist die Entwicklung der europäischen Politik, ist der in voller Blüte stehende diplomatische Krieg zwischen England und Frankreich, der sich um den Völkerbund nicht groß kümmert. Was wir für den Tag tun können, besteht darin, daß wir uns bei unserer Mitarbeit im Völkerbund auf das allernotwendigste beschränken, daß die deutsche Schweiz ihre Aufgabe, die Politik als Mehrheit des Landes zu bestimmen, einsieht, daß die Politik der Landesverteidigung, wirtschaftlich, bevölkerungspolitisch, militärisch und diplomatisch weitergeführt wird. Wir müssen die politischen Bewegungen im Auslande mit der größten Genauigkeit verfolgen und das Mißtrauen gegenüber unsern mächtigen Nachbarn muß alle Völkerbundsideologie und Phraseologie verdrängen. In der Politik hat man es nicht mit Ideen und dergleichen luftigen Gebilden zu tun, sondern mit Interessen und Realitäten. Unsere Diplomatie kann weder dem Auslande noch auf die Dauer dem eigenen Volk blauen Dunst vormachen; sie soll es auch nicht versuchen.

Mit der Behandlung der auswärtigen Politik in den eidgenössischen Räten ist ein Anfang gemacht worden. Das aufgeregte Geschrei derjenigen, die das Werk vom 16. Mai 1920 bedroht sehen, darf nicht davon abhalten, immer und immer wieder die Sätze zu verkünden: Der Völkerbundspakt ist ein Teil des Friedensvertrages von Versailles. Der Friedensvertrag von Versailles verstößt gegen die nationale Freiheit und Selbstbestimmung europäischer Völker. Keine politische und militärische Verflechtung mit denjenigen, gegen die der Kampf um die nationale Freiheit durchgeföhrt wird!

Bürich, den 22. Juni 1923.

Hans Bopfi.

Zur politischen Lage.

Zum vierten Mal jährt sich am 28. Juni der große europäische Trauertag, der Tag der Unterzeichnung des Versailler Vertrages durch Deutschland. Fünf Zahlen geben Kunde von den Folgen, die dieser Tag und Vertrag in den letzten vier Jahren gehabt hat: im Juni 1919 zahlte man für eine Million deutsche Mark 400,000 Schweizerfranken, im Juni 1920 140,000, im Juni 1921 80,000, im Juni 1922 15,000, im Juni 1923 zahlt man noch 36. Frankreich sucht allerdings die Version zu verbreiten, Deutschland habe diese Entwertung seines Geldes selbst verursacht, um sich den Verpflichtungen des Versailler Vertrages zu entziehen. Aber auch gesetzt der Fall, es sei jemand dumm genug, einem Volk den Willen und die Fähigkeit zuzumuten, sein Geld willentlich fünfzigtausendfach zu entwerten, so ändert eine solche Auffassung nichts an dem Tatbestand: auch dann wäre der Versailler Vertrag, dem sich Deutschland durch die Entwertung entziehen wollte, der Anlaß zu dieser Entwertung.

Der finanzielle Niedergang Deutschlands ist nur die eine Seite der Folgen des Versailler Vertrages. Ihr reihen sich an die ebenfalls stufenweis fortschreitende territoriale Minderung und damit zusammenhängend strategisch-politische Schwächung Deutschlands: die letzten Jahre bringen Deutschland im Westen den Verlust von Düsseldorf-Duisburg-Ruhrort, im Osten den Verlust eines Teiles von Oberschlesien, dann wieder im Westen den Verlust des Ruhrgebiets, Offenburgs und seiner Umgebung, sowie von Teilen Mannheims. Im Osten folgt vielleicht demnächst Danzig. Frankreich erklärt natürlich, die von ihm besetzten Gebiete nur als Sanktionen oder Pfänder in Besitz zu nehmen. Es hat auch keinen Rechtsanspruch darauf. Solange es aber mit seiner Militärmacht dort steht, sind sie faktisch in seinem Besitz. 1795 setzte sich Frankreich auch nur in den militärischen Besitz des linken Rheinufers. Die politisch-staatsrechtliche Einverleibung erfolgte erst 1803.

Zu der territorialen Minderung und strategisch-politischen Schwächung kommt die Beendigung der vollständigen militärischen Entwaffnung Deutschlands. Das Erliegen der deutschen Wirtschaft deutet sich im finanziellen Zusammenbruch an. So kann Frankreich mit Befriedigung auf sein in Versailles geschaffenes Instrument eines Friedensvertrages blicken. Dieser hat ihm die Dienste, für die es ihn schuf, geleistet. Allerdings nicht mühelos. Auch das beste Instrument ist nur etwas wert in den Händen jemandes, der es zu gebrauchen weiß. Frankreich hat aber auch jetzt wieder das Glück, Staatsmänner zu besitzen, denen man, auch wenn man ihre Endziele als für Europa verderblich und ihre Mittel, die sie anwenden, als verwerflich ansehen muß, um ihrer Willensstärke und ihrer Ausdauer und Folgerichtigkeit willen eine gewisse Anerkennung nicht versagen kann.

Und diese Staatsmänner wissen das Instrument des Versailler Vertrages zu gebrauchen. Man denke nur an die propagandistische Rechtfertigung, die sie ihrer Politik vor der Welt je und je mit Hilfe von Bestimmungen des Versailler Vertrages zu geben verstehen. Im Versailler Vertrag steht, daß Deutschland als Urheber des Weltkrieges zur Wiedergutmachung aller Schäden verpflichtet ist. Heute weiß jedermann, der es wissen will, daß von einer alleinigen Urheber-schaft Deutschlands am Weltkrieg gar keine Rede sein kann. Frankreich versteht

sich aber noch immer vor aller Welt als das unschuldig überfallene hinzustellen, dem Deutschland den angerichteten Schaden nicht wiedergutmachen will. Daß Frankreich mit ganz bestimmten Kriegszielen in den Krieg eingetreten, daß diese Ziele im Laufe der Kriegsjahre öffentlich erörtert und dem Bewußtsein der ausschlaggebenden Schichten des französischen Volkes vertraut gemacht worden sind, daß der Versailler Friede diese Ziele zum Teil verwirklicht, zum andern Teil — wegen des englischen Widerstandes — ihre Verwirklichung erst vorbereitet, aber in den letzten Jahren der Verwirklichung bedeutend näher gebracht hat, darüber gibt sich die Welt noch immer kaum Rechenschaft. Frankreich ist das unschuldig überfallene, das Sicherheiten braucht gegen erneuten Ueberfall. Frankreichs Besetzung der Ruhr ist eine Sanktion, im schlimmsten Fall eine etwas gewaltsame Eintreibung seines Guthabens. Gewiß gehen gelegentlich bei neuen Gewalttaten Wellen der Empörung durch die Länder Europas und Außereuropas. Aber sie sind ohne Nachhaltigkeit. Alle Welt bedarf der Ruhe und des Friedens. Man ist sich vielerorts wohl bewußt, daß Frankreich und sein Imperialismus der Unfriedensstifter ist. Aber man weiß auch, daß es augenblicklich der stärkere Teil und in der Verfolgung seiner Ziele von unnachgebiger Entschlossenheit ist. Niemand kann es zur Nachgiebigkeit zwingen. Also rät man dem schwächeren Teil zur Nachgiebigkeit, nur damit der leidige Konflikt ein Ende nimmt und nicht zu weiteren Komplikationen führt. Diese Denkart der Menschen kennt Frankreich. Es weiß, daß seine Gewalttaten ihre Empörung hervorrufen. Aber es weiß auch, daß sich ihre Empörung sehr bald wieder legt, wenn ihr eigener Friede in Frage steht. Es ging damals auch ein Aufschrei durch die europäische Welt, als Frankreich 1678 mitten im Frieden die freie Reichsstadt Straßburg überfiel und sich einverleibte. Die Empörung hat sich gelegt und Frankreich ist im Besitze Straßburgs geblieben. Empörungen, denen keine Taten folgen, sind nicht gefährlich. Die Wellen der Empörung sind hoch gegangen, als Frankreich vor einem halben Jahr mit Heeresmacht ins Ruhrgebiet einbrach. Und sie gehen es zum Teil heute noch. Aber schon mehrten sich auch die Stimmen, die Deutschland zum Nachgeben mahnen. Ähnliche Töne kann man heute wieder hören, wie sie gegen Ende des Weltkrieges von Monat zu Monat vernehmlicher laut wurden und schließlich zum alles übertösenden Chorus answollen, in dem jede Regung des Gewissens unterging. Man hat sein Geschäft, man möchte Ruhe und Frieden um jeden Preis und schlägt sich schließlich auf die Seite des Stärkeren, leiht diesem die eigene moralische oder materielle Unterstützung, damit sein Sieg schneller erfolgt und es „Ruhe gibt“. So war es gegen den Herbst 1918. So ist es heute. Aber so wenig die schließlich von aller Welt gewünschte und ersehnte Kapitulation Deutschlands im Herbst 1918 Europa Ruhe und Frieden gebracht hat, so wenig wird es eine erneute Kapitulation Deutschlands jezt tun. Das ist eben das letzte Ende so Kurzsichtige dieses Standpunktes: um des Augenblicks willen die Zukunft verraten. Es ist kein solides Geschäftsgebahren, nur die Konjunktur des Heute im Auge zu haben und das Morgen außer acht zu lassen. Es verrät auch eine materialistische Verderbtheit des Denkens, nur an sich und sein persönliches Wohlsein und nicht an sein künftiges Geschlecht und an die Zukunft seines Landes zu denken. Der Mensch muß, wenn er ein sittliches Wesen und des Fortlebens in Geschichte und Erinnerung wert sein will, zum Opfer für Ueberpersönliches bereit sein. Und es ist auch feige, den Schwächern im Kampf zu verlassen und sich auf die Seite des Stärkeren zu schlagen, weil man dadurch für den Augenblick mehr Vorteil zu erhaschen glaubt. Die Befürworter des Beitritts der Schweiz zum Völkerbund, selbst ganz im materialistischen Denken befangen, haben das nie verstehen wollen und verstehen es heute noch nicht, daß es etwas wie eine religiöse Empörung war, was vielfach die Gegner des Beitritts bewegte — und noch bewegt, weil der nachträgliche Anschluß an den Stärkeren, das Unterstehen beim Sieger, nachdem der Schwächere wehrlos am Boden lag, feige und ehrlos war. Vorteil ist uns außerdem aus dieser Untermwürfigkeit nie entstanden. Dafür Schmach und Schande unserem moralischen Ansehen.

* * *

Steht Frankreich so am vierten Jahrestag des Versailler Vertrages in höherer Macht als je seit Friedensschluß, so wäre eine Darstellung der politischen Lage in Europa doch unvollständig, wenn sie nicht auch die *Gegenbewegung* erwähnen würde, die, seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages erkennbar, von Jahr zu Jahr gewaltiger anschwillt und die eines Tages nicht nur der französischen Macht und ihrem politischen System das Gleichgewicht halten, sondern diese überwältigen und in ihre natürlichen Grenzen zurückdrängen wird.

Wie England der *spiritus rector* der auf Deutschlands Einkreisung und Ueberwältigung zielenden Entente von 1904 und 1907 war, der leitende Geist, der letzten Endes die Fäden knüpfte und in dessen Hand die letzte Entscheidung über Krieg und Frieden lag, so wird auch England wiederum der *spiritus rector* dieser Gegenbewegung, der Koalition gegen Frankreichs Machtstreben auf dem europäischen Festland sein.

Augenblicklich wird vielfach Lloyd Georges mangelnde Bildung und geschichtliche Kenntnis für die verfahrenene Situation, in der sich heute die internationale Politik befindet, verantwortlich gemacht. Es mag sein, daß Lloyd George jene Eigenschaften gefehlt haben, als er im Versailler Vertrag und seinen Nebenverträgen die Grundlinien der künftigen englischen Politik festlegen ließ. Die Frage ist nur, ob unter den damaligen Machtverhältnissen und der damaligen Geistesverfassung auch des englischen Volkes wesentlich anderes zu erreichen gewesen wäre. Sicher ist aber, daß in dem halben Jahr, in dem sich die neue englische konservative Regierung am Ruder befindet, die Richtlinien der englischen Politik keine anderen geworden sind als zu Lloyd Georges Zeiten. Auch der außenpolitische Erfolg der konservativen englischen Regierung ist bisher gegenüber Frankreich nicht größer als derjenige der Regierung Lloyd George. Allerdings hat die konservative Regierung ein böses Erbe übernommen. Mit seinen Konferenzen, zuletzt mit derjenigen von Genua, hatte Lloyd George Schiffbruch erlitten. Weniger, weil deren politische Grundgedanken — die außerenglische Welt gegen Frankreich mobil zu machen — unrichtig gewesen wären, sondern weil es dazu noch zu früh war. Die furchtbare Niederlage, die England mit dem Zusammenbruch Griechenlands vergangenen Herbst im Orient erlitt, kostete Lloyd George seine Stellung. Und mehr noch. Sie kostete England die politische Handlungsfreiheit. War es Lloyd George noch immer gelungen, Frankreich mit diplomatischen Mitteln vor dem Einbruch in die Ruhr, den Poincaré schon auf den Juni 1922 angedroht hatte, zurückzuhalten, so fühlte sich die englische Regierung, die auf Lloyd George folgte, sei es infolge der Niederlage im Orient, sei es aus eigener Schwäche und Unentschlossenheit, dazu nicht in der Lage. Anfang Januar dieses Jahres marschierte Frankreich, von England nicht behindert, in die Ruhr ein.

Unter der Einwirkung der Ruhrbesetzung hat sich die wirtschaftlich-finanzielle Lage Deutschlands so verschlechtert, daß heute England einen baldigen Enderfolg der französischen kontinentalen Politik befürchten muß. Um einem solchen vorzubeugen, versucht die englische Regierung, die gespannte Lage zu mildern. Sie hat die deutsche Regierung zu dem bekannten Notenerlaß angeregt und hofft auf diesem Wege eine Entspannung in den betreffenden Gebieten und eine Hinausschiebung irgend einer endgültigen Entscheidung zu erzielen. Mit welchem Erfolg, läßt sich im Augenblick schwer abschätzen. Frankreich hat natürlich das gegenteilige Interesse, möglichst bald, besonders auch bevor England wieder in den Besitz seiner vollen Handlungsfreiheit gelangt ist, diese weitere Stufe in der Verwirklichung seiner Kriegsziele: die wirtschaftliche Zerstörung Deutschlands, zu erreichen. Immerhin wird Frankreich, in richtiger Abschätzung seiner Kräfte, versuchen, zu seinem Ziel zu kommen, ohne dadurch England offen auf die Seite seiner Gegner zu treiben. Daher trotz der Befundung seiner Entschlossenheit, seine neueste Befundung zu einiger Nachgibigkeit in der Form. Bemerkenswert ist, daß England sich seit dem Krieg zum ersten Mal bei seinem Vorgehen offen auf den deutschen Widerstand gegen Frankreich stützt und diesen diplomatisch gegen Frankreich in Schutz nimmt.

In dem Verhalten gegenüber Frankreich zeigt also die konservative englische Regierung keine Aenderung gegenüber derjenigen Lloyd Georges: Es ist eine Politik des Hinausschiebens der Entscheidung, bis sich England in der Lage fühlt — was es eben jetzt nicht tut —, die Entscheidung in dem von ihm gewünschten Sinne durchzusetzen, eine Politik, wie sie von Lloyd George im Versailler Vertrag z. B. bezüglich des linken Rheinufers, des Saargebietes, Danzigs usw. schon eingeschlagen worden ist.

Keine Aenderung zeigt die neue englische Regierung auch gegenüber Rußland. Vor einigen Wochen schien es zwar, daß ein Bruch der wenn auch losen Beziehungen mit Rußland unvermeidlich sei. Jetzt ist die Lage wieder eingereckt. Auch die konservative englische Regierung kann sich der Einsicht nicht verschließen, aus der Lloyd George mit der Konferenz von Genua — zu früh — hat die Folgerungen ziehen wollen: daß ohne Rußland und bevor Rußland wieder ein bündnisfähiger Machtfaktor geworden ist, dem französischen Machstreben kein erfolgreicher Widerstand entgegengesetzt werden kann.

Besonderen Wert legt die jetzige englische Regierung, wie das Lloyd George übrigens auch getan hat, mit den Vereinigten Staaten gut zu stehen und sie wieder für die europäischen Angelegenheiten zu gewinnen. Ob ihr dabei mehr Erfolg beschieden sein wird als Lloyd George, muß fraglich erscheinen. Ganz ohne gegensätzliche Interessen, besonders handelspolitischer Art, sind die beiden angelsächsischen Großmächte eben nicht. (Wir haben in unserer Mai-Umschau auf einen derselben in Vorderasien hingewiesen.)

Noch kein voller Erfolg scheint der neuen englischen Regierung auch in der Wiederherstellung der Lage im Orient, d. h. in der Türkei beschieden zu sein. Zwar haben sich die Verhältnisse dort wesentlich geändert. England ist aus einem Gegner beinahe zu einem Freund der Türken geworden, während Frankreich sich mehr und mehr die türkische Gegnerschaft zuzieht. Aber abgeklärt sind die Dinge im Orient nicht. Die Türkei fordert nach wie vor mehr als England lieb und zu Nutzen ist. Im übrigen liegt ein dichter Schleier über allem, was hinter den Kulissen gespielt wird. Das Absterben der Lausanner Orientkonferenz und andere Ereignisse werden vielleicht bald Aufhellung bringen. Auf alle Fälle hat England im Orient noch immer gebundene Hände. Aus diesem Grunde wird im rechten Flügel des englischen Kabinetts auch die Auffassung zur Geltung gebracht, daß England seine ganze Aufmerksamkeit dem Orient zuwenden und die europäischen Angelegenheiten Frankreich überlassen solle. Diese Auffassung dürfte auch sonst in England noch mehr zur Geltung kommen, wenn nicht innerpolitische Erwägungen das konservative Kabinett zwingen würden, den Kontinent nicht ganz Frankreichs Machstreben auszuliefern. Die englischen Linksparteien befürchten bei weiteren Erfolgen des französischen Imperialismus mit dem fortschreitenden Zerfall des deutschen Reiches auch den Untergang der deutschen Republik und damit des stärksten Bollwerks sozialen Fortschritts und Rückhalts ihrer eigenen Bestrebungen.

* * *

Einen nicht unwichtigen Bundesgenossen seiner Politik gegenüber Frankreich wird England möglicherweise in absehbarer Zeit in Belgien finden. Zwar ist die kürzliche Demission der belgischen Regierung aus Gründen innerer Natur — Blamierung der Universität Gent — erfolgt. Aber ein Sturz des Kabinetts in einem außenpolitisch so wichtigen Augenblick hätte unmöglich erfolgen können, wenn nicht hinter den Gründen, die den unmittelbaren Anlaß gaben, noch andere außenpolitischer Natur vorhanden gewesen wären. Lloyd George ist feinerzeit auch aus innerpolitischen Gründen gestürzt worden. Aber daß andere politische Parteien an die Regierung mußten, hing eng mit der Niederlage zusammen, die seine Außenpolitik im Orient erlitten hatte. So fühlt man sich auch in Belgien im Fahrwasser der französischen Politik nicht mehr wohl. Die Ruhrbesetzung mag als Maßnahme zur Zerstörung der deutschen Wirtschaftsmacht und als weiterer Schritt zur Zerstückelung Deutschlands von Frankreich als voller Erfolg gewertet

werden. Belgien hat aber nur ein Interesse an der Bezahlung seines Reparationsguthabens — die durch die Ruhrbesetzung in immer weitere Ferne rückt —, nicht aber an diesen viel weitergehenden „Erfolgen“ der französischen Politik. Im Gegenteil. Es läuft Gefahr, dadurch auf Gnade oder Ungnade Frankreichs Macht ausgeliefert zu werden. Belgien muß sich allerdings in seiner Handlungsfreiheit stark beengt fühlen durch sein Militärabkommen mit Frankreich. Dieses wird ein ernsthaftes Hindernis sein für seine Annäherung an England, die man ihm augenblicklich von englischer Seite so sehr nahe legt.

* * *

Zu der gegen Frankreichs Imperialismus gerichteten Gegenbewegung gehört — und das natürlich in erster Linie — die Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland während der letzten vier Jahre, seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages. Die im Laufe dieser Jahre vollständig Tatsache gewordene Wehr- und Waffenlosigkeit Deutschlands, der Verlust seiner landwirtschaftlichen (Posen, Westpreußen) und seiner industriellen Hauptgebiete (Oberschlesien, Saar, Ruhr), der unaufhaltbare Zerfall seiner Währung, die materielle Verarmung seiner begabtesten Volksschichten, die fortschreitende Schädigung seiner Volksgesundheit sind durchaus auf der Seite der Erfolge der französischen Politik zu buchen. Diesen steht eigentlich auf der Aktiv-Seite Deutschlands nur die Entwicklung seines geistigen Widerstandes entgegen. Dieser ist sozusagen der einzige Aktivposten seit seinem Zusammenbruch. Allerdings auch der wichtigste und — der einzig mögliche. Deutschland bleibt vorerst nichts anderes, als sich geistig zu rüsten, den Willen zur Selbstbehauptung und Befreiung vom französischen Joch in seinem Volk zum alles beherrschenden werden zu lassen. Es kann sich, eingekreist zwischen dem waffenstarrten Frankreich im Westen und den ebenso waffenstarrten französischen Vasallenstaaten Polen und der Kleinen Entente im Osten und Südosten, militärisch nicht zur Wehr setzen. Seine Grenzen stehen jedem Ueberfall von Westen und Osten offen. Das ist ein Zustand, der ungeheure Anforderungen stellt einerseits an die Selbstbeherrschung des sich zum Widerstand fähig fühlenden einzelnen Bürgers, andererseits an die Nervenkraft des schwerster materieller und geistiger Not ausgefetzten Gesamtvolfes. Wie weit diese Selbstbeherrschung und diese Widerstandskraft der Nerven des deutschen Volfes reichen, davon wird ein gut Teil der künftigen europäischen Geschichte abhängen.

Die verschiedenen Regierungen, die Deutschland seit seinem Zusammenbruch gehabt hat, sind das getreue Abbild seiner inneren geistigen Entwicklung und Widerstandsfähigkeit. Auf das politische Hochstapeltum eines Erzbergers folgte die ehrlich wohlmeinende Erfüllungspolitik Wirths, auf diese die Politik passiven Widerstandes Cunos. Man wird der jetzigen Regierung die Anerkennung nicht versagen können, daß sie mit Geschick und Würde den heutigen deutschen Entwicklungsstand repräsentiert. Ihr liegt die äußerst schwere Aufgabe ob, Frankreich bei der Verwirklichung seiner Pläne jede erdenkliche Schwierigkeit in den Weg zu legen, ohne ihm damit Vorwand zum offenen Krieg zu geben, und es durch unermüden Widerstand gegen sein Vorgehen, durch ständige Sabotierung seiner Maßnahmen zur Enthüllung seiner wahren Absichten und Ziele zu zwingen. Es muß sehr bemerkt werden, daß England sich heute in seiner Politik gegenüber Frankreich auf diesen klug und überlegt geführten passiven Widerstand Deutschlands stützen kann und wirklich stützt. Diesen Widerstand vermifste England im Frühjahr und Frühsommer 1919 bei der Ueberreichung der Versailler Friedensbedingungen. Wäre ein solcher damals vorhanden gewesen, hätte Lloyd George möglicherweise noch manche Milderung des Versailler Vertrages gegenüber der Hartnäckigkeit Clemenceaus durchzusetzen vermocht. Frankreich setzt heute mit aller Macht und Tücke den Hebel gegen die Regierung Cuno als die Regierung des Widerstandes an. Sollte es ihm gelingen, Deutschland noch einmal, wie im entscheidenden Augenblick des Weltkrieges, das tödliche Gift der zur Selbstentleerung führenden inneren Zersetzung einzuträufeln, dann wäre das der Beweis, daß das deutsche Volk noch immer nicht die große geistige Krisis, in der es sich seit zwei Jahrzehnten befindet, die materialistische Verbildung weitester Volksteile, überwunden hat.

* * *

Daß Frankreich damit rechnet, in nächster Zeit, vielleicht im Laufe dieses Sommers, einen weiteren wesentlichen Schritt in der Verwirklichung seiner Hegemonie zu tun, geht aus der neuesten Gestaltung der Verhältnisse in seinem Vasallenstaat Polen hervor. Noch immer liegt der russische Koloss unter den Folgen seiner furchtbaren inneren Erschütterungen machtlos am Boden. Diesen Zustand gilt es auszunutzen. Und zwar nicht in dem Sinne, daß man Rußland auf den Leib rückt. Dadurch weckt man nur, wie man das vor einigen Jahren erfahren hat, dessen nationale Widerstandskraft. Sondern indem man, im Rücken durch seine militärische Machtlosigkeit gedeckt, Front gegen Westen, gegen Deutschland macht. Die neue polnische Regierung hat diese neue Einstellung der polnischen Außenpolitik kürzlich mit aller nötigen Deutlichkeit umschrieben. Der unmittelbarsten Bedrohung dürfte Danzig ausgesetzt sein.

Es wird schließlich auch hier im Osten einmal dafür gesorgt sein, daß die Bäume, auch die polnischen, nicht in den Himmel wachsen. Aber Frankreich und mit ihm Polen und die andern Anhängel des ost-südosteuropäischen französischen Vasallenstaatengürtels setzen alles auf die eine Karte: die beschränkte Handlungsfreiheit Englands und die augenblickliche Machtlosigkeit Rußlands auszunutzen, um sich in den nächsten Jahren in Mitteleuropa Positionen zu schaffen, in denen sie sich auch einem erstarkten Rußland und England und auch den Befreiungsversuchen der dabei unterjochten mitteleuropäischen Völker gegenüber halten zu können glauben. Bisher hat Frankreichs Politik, wie die letzten vier Jahre deutlich zeigen, immer Erfolg gehabt. Es ist damit zu rechnen, daß sie ihren Höhepunkt noch nicht erreicht und weitere Erfolge haben wird. Eine Wenderang kann als sicher erst erwartet werden, wenn Rußland wieder ein Machtfaktor geworden ist, der die dem französischen Machtssystem dienenden Kräfte Polens und der Kleinen Entente zu binden vermag. Vorher wird auch Deutschland nicht Luft bekommen. Bis dahin dürften Mitteleuropa noch schwere Leidenszeiten bevorstehen.

* * *

Eine Erleichterung von dem allgewaltigen Druck des französischen Macht-systems bringt dagegen zweifellos der Umsturz in Bulgarien. Auch dieser Umsturz in Bulgarien ist in erster Linie aus innerpolitischen Gründen erfolgt. Aber seine tieferen Ursachen sind wohl doch außenpolitischer Natur. Durch die erfolgreiche Wiedererhebung der Türkei und ihr Fußfassen diesseits der Dardanellen auf dem europäischen Festland hat Bulgarien den Rücken frei bekommen, d. h. eine Rückenlehne gefunden. Der bisherige Ministerpräsident Stamboulijski war ein ausgesprochener „Erfüllungs“-Politiker gewesen. Erreicht hatte er damit für sein Land gar nichts. Im Gegenteil. Trotz aller Untermüßigkeit und der sehr offenerzigen Begründung seines Aufnahmefuches in die Siegerallianz, bulgo Völkerbund — weil Bulgarien jetzt gänzlich ententefreundlich sei —, wurde noch kürzlich das für Bulgarien wichtige Karagatsch der Türkei zugesprochen. (Die Schweiz ist bekanntlich in der Frage der Genfer Zonen und des Freien Rheins auch nicht glimpflicher behandelt worden, trotzdem sie durch ihren Beitritt zum Völkerbund doch auch ihre westliche Orientierung bekundet hatte.) Das hat man sich in Bulgarien gemerkt, daß man mit der Erfüllungspolitik gar nichts erreicht, dagegen, wie das Beispiel der Türkei in nächster Nähe zeigte, mit kraftvollem Widerstand allerhand Verlorenes wieder zu gewinnen Aussicht hat. Der Augenblick zum Sturz der „Erfüllungs“-Regierung war richtig gewählt. Die Absicht der Kleinen Entente, vor allem Jugoslawiens, zu intervenieren und die Festigung der neuen Regierung zu verunmöglichen, konnte wegen des Einspruchs — interessanterweise — Englands und Italiens nicht zur Ausführung kommen.

Man braucht nun nicht zu erwarten, daß Bulgarien schon morgen seinen alten Gegnern den Krieg erklären werde. Aber Bulgarien wird unter der neuen Regierung wieder einen eigenen politischen Willen besitzen und damit einen Machtfaktor im Balkan bilden, der geeignet ist, einen Teil der lediglich dem französischen Machtssystem dienenden Kräfte der Kleinen Entente zu binden. Und, was auch nicht außer acht zu lassen ist: Die Bewegung wird nicht in Bulgarien halt machen. Wir

haben in einer früheren „Umschau“ anlässlich des erfolgreichen Befreiungskrieges der Türken vom Joch der Pariser Friedensverträge schon von der Freiheitsbewegung gesprochen, die im Osten angehoben habe und unaufhaltsam nach Westen fortschreiten werde. Jetzt hat sie, gestützt auf den türkischen Erfolg, Bulgarien ergriffen; gestützt auf Bulgarien wird sie eines Tages Ungarn ergreifen und auch dort nicht halt machen.

Ob England und Italien um die Umwälzung schon vorher gewußt und den künftigen Regierungsmännern Zusicherungen gegeben haben, ist schwer zu erkennen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß im Balkan wieder einmal mehr allenthalben gekocht und gebraut wird, was seine Ursprünge in den Kabinetten der Großmächte hat und was vom übrigen Europa ausgegessen wird. Das stille Hinfensterben der Lausanner Konferenz gibt zu mancherlei Vermutungen Anlaß.

* * *

Nicht ohne Rückwirkung dürfte die Umwälzung in Bulgarien auf die außenpolitische Haltung Italiens in den nächsten Jahren sein. Italien wird in Bulgarien den natürlichen Verbündeten gegen Jugoslawien erblicken. Sollte im Balkan das antifranzösische Element, zu dem wohl auch bald die Türkei zu zählen ist, schon in nächster Zeit wieder zu größerer Macht und Bedeutung gelangen, dann wird Italien sich hüten, durch eine französische und damit Jugoslawien freundliche Politik die Macht dieses antifranzösischen Balkanelementes zu schwächen und hintanzuhalten. Es liegen in letzter Zeit zwei Rundgebungen Mussolinis vor, die als Ausdruck einer antifranzösischen Politik gewertet werden könnten: eine Rede in Venedig, in der er besonders vernehmlich von den unerfüllten Forderungen im adriatischen Meer sprach; und dann eine Stelle aus seiner neulichen Senatsrede, in der er betont, Italien werde keine territorialen Verschiebungen dulden, die zu einer französischen Hegemonie führen könnten. Als festgelegt auf eine bestimmte Außenpolitik ist aber damit Italien noch keineswegs zu betrachten. Italien wird weiterhin zuwarten und die Chancen abwägen, die Frankreich und England für die nächsten Jahre haben und je nachdem dem einen oder andern sich anschließen, dessen Chancen es als die besseren einschätzt.

* * *

Unser Bild wäre nicht vollständig, wenn wir nicht auch die verschiedenen Rundgebungen erwähnen wollten, die in den letzten Wochen gegen das französische Machtstreben und sein politisches System in den neutralen Ländern laut geworden sind. In der holländischen Kammer ist kürzlich herbe Kritik am Völkerbund geübt worden. Die neue schwedische Regierung hat zu dem vielleicht demnächst zur Annahme gelangenden Garantievertrag des Völkerbundes dahin Stellung genommen, daß sie es des bestimmtesten ablehnen müsse, einem solchen Vertrag beizutreten, durch den ihr Land höchstens in fremde Kriege verwickelt werde. Im norwegischen Storting wurde direkt der Antrag auf Austritt aus dem Völkerbund gestellt. Ganz soweit ist es im schweizerischen Parlament bei der Debatte über die auswärtige Politik noch nicht gekommen — Norwegen ist eben weiter vom Schuß —. Aber an Deutlichkeit hat es auch hier nicht gefehlt. Die Verhältnisse scheinen in den europäischen neutralen Kleinstaaten überall ähnlich zu sein. Die offiziellen Regierungen halten noch an der französisch westlich orientierten Außenpolitik und damit am Völkerbund fest, während die Volksstimmung sich bereits überwiegend dagegen auflehnt. Das wird eben noch so lange dauern, bis die Zeit gekommen ist, d. h. bis die äußere Lage es gestattet, daß auch offiziell der Stellungswechsel, den die Volksmassen längst bezogen haben, vorgenommen und der Umfall von 1919, der Anschluß an das Machtssystem des siegreichen Frankreich, wieder rückgängig gemacht wird.

Zürich, den 23. Juni 1923.

Hans Dehler.